

Der Courier
ist die führende Zeitung für die
deutsche sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada \$2.50
für Ausland \$3.50
Im voraus bezahlt.
Canada \$2.00

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier.

"The Courier"
is the leading Canadian Paper
in the German language
issued every Wednesday
Subscription price—
in Canada \$2.50
for foreign countries \$3.50
if paid in advance.
Canada \$2.00
1835 Halifax Street, Regina.

24. Jahrgang. 12 Seiten Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 28. Januar 1931. 12 Seiten Nummer 15.

100,000 Deutschstämmige in Saskatchewan Stärkste Bevölkerungsgruppe nach Bürgern brit. Herkunft

Engländer, Irländer, Schotten und Waliser haben nur ganz geringe Mehrheit nach Feststellung der Königl. Einwanderungskommission aufzuweisen.

Nach den Deutschstämmigen kommen der Reihenfolge nach die Scandinavier, die Ukrainer, die Franzosen usw.

Regina. — Mit einer kleinen Mehrheit von 0.77 Prozent steht die Bevölkerung britischer Abstammung in Saskatchewan noch immer an der Spitze. Diese Nachweise erbringt der Bericht der Saskatchewan Royal Commission für Einwanderung und Siedlung.

Die britischen Nationalitäten, Engländer, Waliser, Iren, Schotten und andere, machen 55.77 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Einmal aus: diese betragen 820,748 Menschen. Unter diesen stehen die Engländer mit fast 206,708 Personen an erster Stelle; dies ist fast das Doppelte der nächst zahlreichsten Gruppe, der Schotten. Die europäischen Nationen herrschen in Saskatchewan vor.

Die Zahl der Deutschstämmigen steht mit 106,498 an zweiter Stelle.

Es folgen: Scandinavier mit 67,370, Ukrainer mit 51,474, Franzosen mit 47,030, Russen mit 36,208, Holländer mit 29,765, Dänen mit 19,749. Die übrigen sind noch nicht abgelesen auf 2 Personen in der Statistik.

Die Vereinigten Staaten sind mit 75,348 an der Bevölkerungsziffer beteiligt.

Saskatchewan und Alberta haben nahezu 30 Prozent Fremdborene. Manitoba und British Columbia hingegen ungefähr 20 Prozent ausländischer. In Saskatchewan leben etwa zweimal so viele Einwanderer...

Antrag von Dr. Uhrich in Französischer Regierung über Weizenpreis gestolpert

Progressive und Unabhängige stimmten wieder mit Konservativen

Regina. — Dr. J. W. Uhrich, der frühere Minister für Volkswirtschaft, hat zur Erleichterung der wirtschaftlichen Lage in Saskatchewan in der Legislatur seinen Antrag eingebracht, der mit 33 gegen 26 Stimmen abgelehnt wurde. Die Ablehnung erfolgte, weil die Progressive und Unabhängigen mit den Konservativen gegen den Antrag stimmten, obwohl die Durchführung der praktischen Schritte für die Farmbevölkerung der Provinz von großem Nutzen wäre. Der verworfene Antrag Dr. Uhrichs hatte folgenden Wortlaut:

Angesichts der anormalen Lage, die im landwirtschaftlichen und allgemeinen wirtschaftlichen Leben der Provinz besteht und der Ernüchterung, welche daraus erwächst, ist das Parlament der Ansicht, daß es im Oktober vorigen Jahres hätte einberufen werden sollen, damit es die Schwierigkeiten, denen sich unsere Bevölkerung gegenüber sieht, einschließlich der Frage der Steuererlässe vor deren Abhaltung im vorigen Jahre eingehende Prüfung hätte leisten können. Das Parlament, dem das Recht verweigert wurde, zu jenem Zeitpunkt zusammenzutreten, bedauert die unrichtige Behandlung der Steuererlässefrage durch die Regierung, woraus Verzerrung und Ungleichheit für die landlichen Municipalitäten und Städte für die Steuerzahler entstanden sind. Es bedauert die Verluste, welche dadurch entstanden sind, daß es der Regierung misslang, eine betriebliche Methode für die Schuldenentlastung, wie sie unter den bestehenden Verhältnissen erforderlich war, einzuführen; es bedauert ferner, daß es der Regierung misslang, in einer solchen Zeit für eine größere Wirkungsmöglichkeit der Farmeinkommensteuer zu sorgen, in der diese Wirkungsmöglichkeit gebietet ist, und dringend nötig war.

Steege-Kabinetts von der Kammer nach eregter Debatte gestürzt

Pierre Saval soll Nachfolger des zurückgetretenen Ministerpräsidenten werden

Paris. — Mit nur 10 Stimmen Mehrheit machte heute die französische Kammer dem für den Bestand des Ministeriums Theodore Steege ein Ende, weil die Franzosen aufstehend nicht gewillt sind, den Weizenpreis in ihrem Lande auf 2 Dollars pro Bushel Weizen hinaufzusetzen, der in Chicago für 80 Cents und in Winnipeg für 50 Cents zu haben ist. Die Kammerabstimmung, welche dem Ministerium Steege nach fünfzehnhalb Stunden seiner Erörterung den Dankspruch, ergab 293 gegen 283 Stimmen. Steege zog sofort die Konsequenz und trat mit allen seinen Ministern zurück.

Das Redenerwerb in der Kammer stammte zunächst nur gegen den Landwirtschaftsminister Victor Mordant auf, aber Premier Steege wider Erwarten das Gesicht seines ganzen Kabinetts in die Waagschalen der Abstimmung, mit dem Ergebnis, daß es mit selbst in der französischen Kammer selten dagewesenen Kürzungen mit der erdrückenden knappen Mehrheit gestürzt wurde.

Louis August, der heutige Redner des linken Zentrums der Kammer, begann den Tanz mit einer Interpellation über die hartnäckige Befestigung gewisser Weizenexporter im Ministerium Steege bezüglich der Weizenpreise und den Auswirkungen gleich unheilvollen Spekulationen. Er bezichtigte das Ministerium, durch verfrühten Bekanntgabens eines Projekts der Festlegung des Weizenpreises eine unläufige Spekulation vorantreiben zu haben, die den Weizenpreis in einer Woche um 10 Francs (40 Cents) pro Centner haben hinaufschmelzen lassen.

Allgemeine Abrüstungskonferenz festgesetzt

Soll am 2. Februar 1932 in Genf beginnen, um „den nächsten Krieg zu verhüten“

Genf. — Der Rat der Völkerbund hat heute die Stadt Genf als den Versammlungsort für die allgemeine Abrüstungskonferenz im kommenden Jahre bestimmt, mit der Begründung, daß der Unterbringung der Delegierten und der Abhaltung der Konferenz keine Schwierigkeiten zu erwarten sind.

Die großen und kleinen Mächte der Welt werden im zweiten Monat des nächsten Jahres hier in Genf zusammenkommen, um darüber zu beraten, wie „der nächste Krieg“ verhütet werden kann. Der Völkerbundsrat hat nämlich beschlossen, die allgemeine Abrüstungskonferenz auf den 2. Februar 1932 einzuberufen. Damit erhalten die in Betracht kommenden Mächte und Staaten ein ganzes Jahr, um die noch bestehenden Kontroversen über die erforderlichen Verteidigungsmittel zu beseitigen.

„Gelingt ihnen das nicht, dann müssen sie die Verantwortung dafür übernehmen, den Erfolg der Abrüstungskonferenz in Genf zu verhehlen.“

„Man ist in der Verantwortung der Weltöffentlichkeit und einzig darüber, daß ein Jahresanfang der Abrüstungskonferenz in Genf im Jahre 1932 fest zu machen ist.“

„Die Abrüstungskonferenz, an deren Spitze wahrscheinlich Dr. Einar Dammarsch von der Dänischen Delegation betraut werden wird, wird sich der ungeheuren Aufgabe gegenübersehen, die Welt zu einem Zustand der Abrüstung zu führen, der für die Weltgeschichte ein Meilenstein werden würde, der sie um viele Jahre vordrückt.“

Die Weltkonferenz, an deren Spitze wahrscheinlich Dr. Einar Dammarsch von der Dänischen Delegation betraut werden wird, wird sich der ungeheuren Aufgabe gegenübersehen, die Welt zu einem Zustand der Abrüstung zu führen, der für die Weltgeschichte ein Meilenstein werden würde, der sie um viele Jahre vordrückt.

Um die Rechte der deutschen Minderheit in Polen

Reichsaußenminister Dr. Curtius protestiert vor Völkerbundsrat gegen Gewalt und Terrorismus

Genf. — Reichsaußenminister Dr. Curtius protestierte heute vor dem Völkerbundsrat gegen die Verletzung der Rechte der deutschen Minderheit in Polen. Er forderte gezielte Schritte des Völkerbundes, um den Deutschen in Polen ihre vollen Rechte zu sichern.

Während der Verhandlungen vor dem Völkerbundsrat machte sich eine gedrückte Stimmung und offenkundige Befürchtungen bemerkbar, als Curtius die Wichtigkeit, die der Angelegenheit beigemessen wird, die Lage zwischen Polen und Deutschland ist, wie von Völkerbund Beobachtern hervorgehoben wird, einer der schwierigsten Faktoren der Weltöffentlichkeit, die dem Völkerbund zur Entscheidung ferner vorgelegt werden. Begründete Weise ist die Sache auch mit der deutschen Regierung.

„Die polnische Regierung hat sich nicht bemüht, die Rechte der deutschen Minderheit zu sichern, sondern sie hat sie durch die Anwendung von Gewalt und Terrorismus verletzt.“

„Unter wiederholter Anwendung der Gewalt und Terrorismus“

erwähnte der deutsche Außenminister zahlreiche Fälle von Angriffen auf Mitglieder der deutschen Minderheit und ihre brutale Misshandlung durch polnische „Aufsicht“ - Behörden. Mit Betonung fügte er hinzu: „Die traurige Lage von Gewalttaten schwächt das Vertrauen der Minderheiten in den guten Willen des Völkerbundes.“

Die polnischen „Aufsicht“ - Behörden während der Wahlkampagne in Oberschlesien halb militärisch organisiert gewesen, hätten sich auf ungefähr 40,000 bezogen und seien vom Staate unterstützt worden. Ihre Befehle hätten sie von den Staatsbehörden erhalten und durch ihre Anwesenheit auf den Stimmplätzen hätten sie die Mitglieder der Minderheiten an der Ausübung ihres Wahlrechts verhindert.

Curtius forderte nicht nur Maßnahmen des Völkerbundes zur Verhütung erneuter Gewalttaten, sondern auch eine Entschädigung des Völkerbunds, ob die von der polnischen Regierung bereits verprochenen Entschädigungen für die Opfer genügend seien. Die Erklärung (Fortsetzung auf Seite 4)

Ein Bligslag bringt es an den Tag

Völkerbund einmütig gegen Polen

Genf, 26. Jan. — Der Völkerbundsrat hat einmütig die anstrengende Haltung und die Gewalttaten gewisser polnisch-patriotischer Organisationen verurteilt. Diese polnischen Verbände haben bekanntlich die deutsche Minderheit in Schlesien durch Terror, Brandanschläge und andere Verbrechen in Schlesien und darüber hinaus in Deutschland und Polen herausgefordert. Der Völkerbundsrat fordert ferner die polnische Regierung auf, alle Beziehungen zu diesen polnisch-patriotischen Verbänden abzubrechen. Die polnische Regierung wird schließlich ermahnt, dem Völkerbundsrat vor seiner nächsten Sitzung in Warschau Bericht zu erstatten, welche Maßnahmen sie zur Ausführung der Völkerbundsbeschlüsse getroffen hat.

(Am 2. Red.) Diese Völkerbundsentscheidung bedeutet einen glänzenden diplomatischen Erfolg für den deutschen Reichsaußenminister Dr. Curtius sowie für die deutsche Reichsregierung unter Dr. Brüning's Leitung.

Kriegsangst der Sowjets

Morschilow fordert kommunistische Jugend zu militärischen Übungen und zu eifriger Rüstung auf.

Moskau. — Sowjet-Rußland ist bedroht durch den größten Krieg in der Geschichte, erklärte hier der Kriegsminister Morschilow in einer Ansprache an den Kongreß der kommunistischen Jugend. Nicht nur zur Verteidigung des Landes gegen unermessliche Intervention müsse die Sowjet-Union die Waffen organisieren, sondern auch zum Siege über „das Land, welches zuerst das Schwert gegen uns zieht!“

In weiterer Ausführung sagte der Kriegsminister, drei Millionen junge Kommunisten seien in dem Kongreß der Jugend vertreten und 200,000 von ihnen seien in der Armee. Die gesamte Militärischkeit wurde von ihm aufgefordert, scharfe Übungen zur Verteidigung des Landes zu beginnen. Mit Betonung erklärte er: „Unser Land ist eine sozialistische Insel, umgeben von feindlichen Heeren. Schwere Zeiten sind es, und wir dürfen die wichtigsten Faktoren rings um uns nicht verbergen. Die Gefahr eines Angriffs nimmt stetig zu und immer offener rückt die internationale Bourgeoisie zum Anmarsch gegen uns.“

Unter Hinweis auf General Vanderris Warnung vor der Kriegsgefahr, die „nächst rückt“, erklärte Morschilow, daß der Sozialismus, im Falle einer Weltkrisis, die Sowjet-Union für all' sein Überleben sich tadelt und zum Siege gegen uns rüstet.

„Der kommende Krieg wird wie eine Fabrik zur Herstellung von Millionen sein, und in einer solchen Fabrik müssen Menschen nicht nur zum Zwecke bereit, sondern auch beschäftigt sein, die komplizierte Kriegsindustrie zu handhaben. Wir müssen dem Angriff mit einer geübten Armee begegnen.“

„Zum Schluß seiner Ansprache wurde von dem Kriegsminister angedeutet, daß Vorbereitungen für die Verteidigung bereits im Gange seien. „Am Kriegstage wird unsere ganze schwere und leichte Industrie mobilisiert werden.“

Gandhi freigelassen

Er wird nach Indien zurückgeführt

Poona, Indien, 27. Jan. — Mahatma Gandhi, der berühmte Führer der indischen Nationalisten, den die Briten besonders fürchteten, ist in Folge der Indultkonferenz in London nunmehr aus dem Herd der Gefangenschaft entlassen worden. Den britischen Gefängniswächern soll er übergeben haben, daß er bald wieder zurückkehren werde.

Reichswehr hilft bei Armenienleistungen

Erstmalige Hilfeleistung

Berlin. — Die Reichswehr und das Rotenkreuz sind zur Befreiung von Hunger und Not in Deutschland mitwirkend geworden. Das Reichswehrministerium erließ an die Garnisons- und Flottenkommandanten Befehl, daß sie dem Hilfswerk der Rotenkreuzverwaltung und Sozialdienstverbände größtmöglichen Beistand zu leisten haben. Die ersten Geldsendungen sollen, um die hungernden zu versorgen, und ihre Transportarbeiten, um Nahrung einzusammeln und abzugeben.